

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einjährl. Postbestellgebühr, nur Postbezug, Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 14. Juli 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die übrigen gespaltene Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 80

Noch ungeklärte Situation!

Am 10. Juli war die Frist zur Erklärung über Annahme oder Ablehnung des im Reichsarbeitsministerium auf Veranlassung der Prinzipalität gefällten Schiedspruchs vom 27. Juni abgelaufen. Da der Ablaufstermin auf einen Sonntag fiel, konnte ohne Umstände der 11. Juli als der entscheidende Tag angesehen werden. Aber der 11. Juli verstrich, ohne daß von der Prinzipalität dem Reichsarbeitsministerium irgendwelche Erklärung abgegeben worden war. Auch am Vormittag des 12. Juli war an dieser Stelle noch keine offizielle Mitteilung der Prinzipalität eingegangen! Aus diesem ganz unerklärlichen Verhalten könnte fast geschlossen werden, daß man es prinzipalitätsseitig nicht einmal für notwendig erachtet, das Reichsarbeitsministerium darüber zu unterrichten, welchen Ausgang der doch von der Prinzipalität selbst unternommene Schritt genommen hat. Im Desavouieren hat sich die Prinzipalitätsvertretung ja schon etwas geübt, auch die Prinzipale in der Tarifausschusskommission letztmalig haben davon wieder etwas erlebt, aber eine derartige Mißachtung des Reichsarbeitsministeriums wäre doch zu unerhört (würde auch aus anderen Gewerben kein Seitenstück aufzuweisen haben), als daß man diesen Fall hier als gegeben betrachten könnte.

Es wird vielmehr so liegen, daß die nach sicheren Verlautbarungen bei der prinzipalitätsseitigen Abstimmung erfolgte Ablehnung des Schiedspruchs in sieben gegen fünf Stimmstellen die größte Mißachtung hervorgerufen hat. Die Prinzipalitätsvertretung wird mit diesem Ausgang nicht gerechnet haben, weil an einigen sehr maßgebenden Druckorten die Annahme des Schiedspruchs sogar einstimmig erfolgte. Die Situation ist dadurch für die Prinzipalität vollständig verfahren worden, denn aus einer Abstimmung mit 7:5 ist nicht eine Ablehnung auf der ganzen Linie zu konstruieren, zumal die ablehnenden Kreise nach der Zahl der Abstimmenden, der Größe der Druckereien und der Zahl der beschäftigten Gehilfen schließlich gar nicht die Mehrheit der Prinzipalität darstellen.

Die Gehilfenvertretung hat in Berücksichtigung dieser Sachlage davon Abstand genommen, dem Reichsarbeitsministerium ihrerseits eine Erklärung zu dem Schiedspruch abzugeben. Das Ministerium ist jedoch in schriftlicher wie in mündlicher Form davon unterrichtet worden, daß in vielen Kreisen der Gehilfenschaft der Schiedspruch recht ungünstige Aufnahme gefunden hat, weil dieöhne der Buchdrucker zu sehr hinter dem Erstgenannten zurückgeblieben sind und weil jetzt von neuem Verteuerungen in die Erscheinung treten, die von der Reichsstatistik zum Teil schon für den Juni nachgewiesen worden sind und mit denen sicher in fortgeschrittenem Maße zu rechnen sein wird. Dem Reichsarbeitsministerium ist unsererseits erklärt worden, man müsse es ihm nun überlassen, auf die Prinzipalität in geeigneter, aber ganz bestimmter Weise einzuwirken. Wir zweifeln nicht daran, daß das Reichsarbeitsministerium nunmehr der Prinzipalitätsleitung den Ernst der Situation gründlich vor Augen führen wird.

Die Stellungnahme in den Versammlungen auf Gehilfenseite ist nach den weiter vorliegenden Mitteilungen und Berichten nicht viel anders geworden, als sie sich aus der Aufzählung in der vorigen Nummer ergibt. Regensburg muß nach dem nun eingegangenen Bericht in die gemäßigtere Gruppe umgeschaltet werden. Hierzu sind noch gekommen: Darmstadt, Dortmund, Bonn, Ludwigshafen, Kellbrunn; als direkt verwerfend sind nachzutragen: Hamburg, Köln, Altenburg. In der Mehrzahl der eingegangenen Versammlungsberichte wird das Verlangen nach neuen zentralen Verhandlungen gestellt. Wenn es dazu kommt, so sollte man die Erwartungen hierauf nicht zu hoch stellen. Von der andern Seite ist das eine doch unverkennbar in die Erscheinung getreten, daß schon der Schiedspruch dort außerordentlichen Widerstand hervorgerufen hat. Man darf allerdings annehmen, daß nun auch die Besinnung drüben Einkerb hat, und daß die

zunehmend zahlenmäßig in die Erscheinung getretene Wiederaufwärtsbewegung der Kosten des Lebensunterhaltes zu ernstern Erwägungen Veranlassung gibt, als es in der Tarifausschussleitung der Fall gewesen ist.

Wenn nun zum erstenmal ein Schiedspruch einer außenstehenden Stelle von einer Partei in unserm Gewerbe abgelehnt worden ist, so hat die Prinzipalität den zweifelhaften Ruhm, hier einen Präzedenzfall geschaffen zu haben. Die Desavouierung eines Schiedspruchs durch die anrufende Seite ist immer eine böse Sache. Ist, um mit der „Zeitschrift“ zu sprechen, „die edelste Aufgabe der Führer“ bei der Prinzipalitätsleistung ganz unbeachtet geblieben? Hat man an den maßgebenden Stellen es unterlassen, den Wabanquepletern energisch entgegenzutreten? Das wäre ja eine rajeende Entwicklung zur Populartät, es der Masse rechtzuzumachen.

Masse und Masse ist jedoch ein Unterschied. Wenn jetzt auf Prinzipalitätsseite „die Kreise“ abgestimmt haben, so hat man darunter etwas ganz andres zu verstehen als die Anrufung der gesamten tarifstreuen Prinzipalität zur Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs bzw. über Krieg oder Frieden im Gewerbe. Tarifstreue Firmen gibt es gegenwärtig 9500–10000. Der Deutsche Buchdruckerverein hatte im Mai 1921 nur 5249 Mitglieder. Von diesen befehrt ein gewisser Kreis der Großen und der Kleinen prinzipalitätsseitig die Tariftgemeinschaft. Viele Kreise haben nun dabei im Veranlassungen in nicht vielen Orten abgehalten; im übrigen haben die Disziplinärkriterien des DBV ihren Standpunkt an den Kreisvorort mitgeteilt. Große Teile der Prinzipalität haben jedenfalls gar keine Gelegenheit gehabt, sich zu äußern; ob die fast 5000 Nichtmitglieder des DBV, dessen Tariftpolitik an sich mitmachen, ist überhaupt eine Frage. Wenn nun trotz der durchaus nicht einwandfreien Abstimmung bei den Prinzipalen fünf Kreise von zwölf eine mehr oder weniger große Mehrheit für den Schiedspruch aufgebracht haben, dann ist es klar, daß die Mehrheit von den Prinzipalen Verknüpfung mit der Gehilfenschaft will! Die tatsächliche Ablehnung des Schiedspruchs würde den ersten Akt im DBV bedeuten — darüber sollte man sich völlig klar sein drüben! Man hat in die Gehilfenschaft eine Stimmabgabe hineingetragen, die es auf Prinzipalitätsseite vielen geraten erscheinen lassen dürfte, auf diesem Wege und mit der Methode der Plebiszitärelei haltzumachen.

Wenn man sich die „Taktik“ der Prinzipalität diesmal näher blickt, dann wird manche Leistung von früher lieb in den Schalken gestellt. Man bedenke folgendes: Am 28. Juni (fünfter Verhandlungstag) gegen Mittag ließ die Prinzipalitätsvertretung im Plenum des Tarifausschusses offiziell erklären, nach mehrföndiger Sonderberatung (im Laufe des Vormittags) werde von den Kreisvertretern die Ansicht vertreten, sie könnten die Verantwortung für den Schiedspruch nicht tragen. Es sei deshalb beschlossen worden, in die Kreise zurückzukehren, dort abstimmen zu lassen und bis zum festgesetzten Termin (10. Juli) eine Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs abzugeben. Das war der Ausgang der am 25. Juni (zweiter Verhandlungstag) wohlgenut und gar nicht böse über die Mißgeschick der Gehilfenvertretung unternommenen Anrufung des Reichsarbeitsministeriums von Seiten der Prinzipalität! Man hatte gut vorgearbeitet: Während in der Gehilfenschaft noch Zweifel laut wurden, ob am 27. Juni (Montags) der Schlichtungsausschuss schon zusammenzutreten könne, überbrachte der hinter den Kulissen als Verbindungs-offizier operierende, im Plenum aber die Entbehrungen der Prinzipalität während der Sitzungszeit zum Steinerweichen schilbernde schwereiche Berliner Prinzipal bereits die Meldung, am 27. Juni, mittags 1 Uhr, könne schon vor dem Reichsarbeitsministerium verhandelt werden. Wenn die Prinzipale nicht so tödlich auf vollen Erfolg mit der Anrufung gerechnet hätten, würden sie nicht mit dieser Bereitwilligkeit und in solcher Eile einen Schritt unternommen haben, der bei ihnen bisher nicht als genüßman-

liche der Tariftgemeinschaft gegenüber galt. Gab doch am 30. Oktober bei den großen Tarifverhandlungen der erste Prinzipalführer, nachdem alle Mittel und Wege zur Verständigung im Rahmen des Tarifausschusses erschöpft waren, in aller Seelenruhe die Erklärung ab, die Prinzipalität werde nicht zustimmen, daß das Reichsarbeitsministerium durch das Tariftamt zur Vermittlung angerufen werde, weil man daran festhalte, lediglich der Tarifausschuss sei die zur Erledigung der Angelegenheit zuständige Stelle, und er müsse sie deshalb auch erledigen. Damals mußte die Gehilfenseite kräftig aufbegehren ob solcher Logik, diesmal waren wir erkaunt, wie in völligem Gegensatz zu jener Berufung auf Recht, Brauch und Sitte in der Tariftgemeinschaft man in jenen Kreisen als Partei allein zum Reichsarbeitsministerium rannte. Um dort eine Enttäuschung zu erleben, wie man sie in Gehilfenskreisen sich gar nicht recht vorstellen kann! Die Teilnehmer an den Verhandlungen im Reichsministerium wissen ja, daß die Prinzipalitätskommission völlig konzentriert war über den Schiedspruch, der aber im Gehilfenslager Aufbrausen eines Entschlusses zur Folge gehabt hat.

Durch eignes Verschulden schwer in eine Sackgasse geraten, vermochte die von manchen Mal unabhähare Prinzipalitätspolitik einen Ausweg nur zu finden, indem sie in ein anderes Extrem verlief: Abwälzen der Verantwortung, Abstimmen in den Kreisen über Annahme oder Ablehnung. Also Urabstimmung? Nein, da würde man ja den Gehilfen etwas nachmachen, was diesen im Oktober/November in den Kommissionen wie im Plenum (mit Ausnahme von ein paar Einheitsgeräten) als Zeichen der Schwäche, als Beweis für die untergrabene Führerschaft in hochgehenden Worten angekreidet worden war. Wie selbstbewußt klang es damals zu uns herüber: Wir fühlen uns stark genug, hier abzuschließen; wir haben das Mandat aus unsern Kreisen dazu; die Gehilfenvertreter untergraben die Autorität des Tarifausschusses, indem sie die Massen draußen abstimmen lassen wollen! Während die Gehilfenseite ihrem damaligen Versprechen gemäß Urabstimmung nur bei Tariftrevolten oder bei Neuabstimmungen infolge Tarifhündigung stattfinden lassen will, obwohl man trotz entgegenstehender praktischer Bedenken auch bei Teuerungszulagen sie für anwendbar halten kann, weil hierbei ja auch das Ganze aufleben könnte, handeln nun die Prinzipale ihren damaligen großen Worten völlig entgegengelehrt. Der Schlichtungsausschuss hat ihnen mit der Fristsetzung erst am 10. Juli äußerlich dazu unbenutzt die Gelegenheit erleichtert. So sind denn die Prinzipale bei einer Bewegung zum zweiten Male dazu gekommen, sich selbst zu desavouieren, zu noch gar nicht lange zurückliegenden grundsätzlichen Stellungnahmen in schroffen Widerspruch zu stehen. Bedenkt man denn gar nicht, wie solche Zeichen der Verwirrung auf die Gehilfenskreise einwirken müßten? Kann man vor einer solchen „Politik“ noch den geringsten Respekt haben?

Die Politik der Gehilfenschaft ist durch die verfahrenere Situation auf Prinzipalitätsseite nicht ungünstiger geworden; sie kann es nur dann werden, wenn diejenigen, die einzeln oder in Gruppen bei uns zum Kampfe drängen um des Kampfes willen, die Oberhand gewinnen. Das muß aber unter allen Umständen ausgeschlossen sein. Da die Wirtschaftsbeteiligung bis Ende Juli läuft und ihre Erhöhung oder eine anderweitige Regelung der Lohnaufbesserung dann erst zur Laßsache wird, so kann und muß die Zeit zur Überwindung des widerstrebenden Teiles der Prinzipalität ausgenutzt werden, indem der befähigtere Teil zur Aufgabe einer Politik kommt, die dermaßen in die Sackgasse geführt hat. Die Gehilfenschaft kämpft nicht auf Kommando von Scharmachern vom Schlage Dschelbi, sie wird ihr Recht ganz anders zu wahren und durchzusetzen verstehen.

Gewehr bei Fuß, lautet also die Parole auf der ganzen Linie für die gesamte Kollegenschaft. In den nächsten Tagen wird die Situation wohl endlich klar sein, nachdem in Prinzipalitätskreisen die Dämmerung nun so kräftig einzusetzen beginnt.

Stellungnahme der Mitgliedschaften zu den Juni-Verhandlungen

Augsburg. Unsere Mitgliedschaft nahm in der stark beschleunigten Mitgliederversammlung am 6. Juli Stellung zu dem Reizfall der Tarifausgleichsfrage bzw. dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses. Allgemein wurde die totale Verleumdung der Notlage der Gehilfen seitens der Prinzipalität verurteilt. Als ein Sohn muß es bezeichnet werden, wenn die Behauptung vom Schlichtungsausschuss aufgestellt wird, daß sich die wirtschaftliche Lage der Mitglieder in den letzten Monaten nicht wesentlich geändert hat. Gerade in dem Agrarstaat Bayern sind die Preise für alle landwirtschaftlichen Artikel in den letzten Wochen ungeheuer gestiegen. Neue Erhöhungen stehen vor der Tür. Tatsache ist, daß heute in Deutschland und speziell in Bayern viel höhere Preise für Lebensmittel bezahlt werden müssen als im No-ten des Reiches. Die Gehilfenchaft ist unter diesen Umständen nicht mehr in der Lage, die Erträge ihrer Familien aufrecht zu erhalten und muß unter allen Umständen auf eine Höherenlohnung ihrer Arbeitsleistung dringen. Daß das Buchdruckergewerbe eine solche Erleichterung, steht außer Zweifel. Auch gegen die fortwährende Sinfantelung der jungen und lebigen Kollegen wurde entschieden protestiert. Alle diese Momente zusammenfassend, gelangte nachfolgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige, sehr stark beschleunigte Verammlung der Buchdruckergehilfen Augsburgs hat von dem vom Schiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums gefällten Schiedspruch Kenntnis genommen. Die Gehilfenchaft steht auf dem Standpunkte, daß der Schiedspruch in jeder Beziehung unzulänglich und deshalb abzulehnen ist. Besonders verurteilt wird auch die Nichtberücksichtigung der jüngeren Gehilfenklassen. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, unverzüglich mit der Prinzipalität behutsamer Verhandlungen in Verbindung zu treten.“

Bremen. Am 5. Juli hatten die Bremer Kollegen Verammlung, um u. a. Stellung zu nehmen zu dem vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch. Es war recht erfreulich, die Kollegen wieder einmal in solcher Stärke beisammen zu haben, um entschieden zu protestieren gegen die Treibereien im Internerlager, die dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens damit zu dienen vorgaben, indem sie den Lohnabbau auf der ganzen Linie fordern und somit den Arbeitern jede Möglichkeit nehmen, ihren ehrlichen Willen zum Wiederaufbau in die Tat umzusetzen. Auch aus verschiedenen in unserm Gau liegenden Ortschaften waren Organisationsvertreter erschienen, um den Bericht des Gehilfenvertreter Pfingsten (Hannover) entgegenzunehmen. Kollege Pfingsten gab in großen Zügen ein Bild von den — wie immer — schwierigen, aber resultatlos verlaufenen Ausbuchverhandlungen. Wenngleich auch er den Spruch des Reichsarbeitsministeriums als ungenügend bezeichnen mußte, glaube er doch, daß es ratsam sei, denselben anzunehmen; vor allem sollte man die Situation richtig erfassen und kühl abwägen. Sämtliche Diskussionsredner (mit Ausnahme eines Kollegen) kamen zu dem Schluß, daß wir mit Entrüstung diesen Schiedspruch ablehnen müßten. Wir hätten uns, um der totalen Verleumdung zu entgegen, nunmehr endlich aufzuraffen und der Präzisierung ein halt entgegenzusetzen. Es habe sich sowohl bei den vorigen wie auch bei der jetzigen Verhandlung gezeigt, daß die Tarifgemeinschaftspolitik in bankrott gemacht habe, da es trotz aller Bemühungen nicht möglich gewesen sei, sich zu verständigen, so daß das Reichsarbeitsministerium angegangen werden mußte. Um übrigen dürfen wir nicht tatenlos den zielklaren Rüstungen im Internerlager zuschauen, sondern hätten alles aufzubieten, um das Vorhaben der Unternehmer zunichte zu machen. Der unverständige Auspruch, der während der Verhandlungen den Gehilfenvertretern gegenüber getan wurde, wonach die Arbeiter ihr Schokolade und Zigaretten Geld genug übrig hätten, wurde gebührend zurückgewiesen. Der Wille der Kollegenchaft wurde durch folgende Resolution, die gegen neun Stimmen angenommen wurde, zum Ausdruck gebracht: „Die am 5. Juli im ‚Parteilager‘ zahlreich versammelten Bremer Buchdrucker nahmen Kenntnis von dem vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch für das Buchdruckergewerbe. Sie stellen fest, daß nicht nur die Kollegen der Lohnklasse A wieder einmal von einer Lohnherhöhung ausgeschlossen, sondern daß auch ledige Kollegen der Lohnklasse B von einer Aufbesserung der Wirtschaftsbeihilfe nicht betroffen werden. Des wesentlichen sind die in der höchsten Lohnklasse gewährten Zulagen auf die Wirtschaftsbeihilfe keineswegs genügend, um als Ausgleich in jetziger Zeit empfunden werden zu können. Der Schiedspruch, der uns weiterhin noch die Entschädigung für Kurzarbeiter nimmt, ist in seiner ganzen Aufmachung geistlos, Uneinigkeit und Zersplitterung in die Reihen unserer Kollegen zu tragen. Aus diesem Grunde lehnt die Bremer Kollegenchaft den Schiedspruch einstimmig ab und beauftragt die Gehilfenvertretung, beim Reichsarbeitsministerium die Einberufung des Tarifausgleichsausschusses zu erwirken. Hierzu stellen die Bremer Kollegen die nachstehenden Mindestforderungen: 1. Umwandlung der Wirtschaftsbeihilfe in feste Lohnzulage; 2. Erhöhung der Wochenzulage um 40 Mk. pro Woche für alle Gehilfen; 3. Fortzahlung der Entschädigung für Kurzarbeiter. Die Gehilfenchaft erwartet, daß unsere Zentrale selbst vor dem letzten Mittel nicht zurückbleibt, um endlich den Lohn der Buchdrucker mit den anderen Arbeitergruppen wieder einigermaßen in Einklang zu bringen.“ Daß das Internerlager nach vorübergegangener Mutter bestrebt ist, uns zu spalten oder zu trennen durch „Laware Rissen“ in den Versuch zu bringen, sei ein allerdings mahnender Versuch, wonach an Kollegen das Ansehen gestellt wurde,

durch Herstellung oerartiger Rissen zur dauernden Wollosmachung der hier im Streik befindlichen Kolzplatzarbeiter beizutragen. Der Vorsitzende ersuchte die Obleute, in den Betrieben streng darauf zu achten, daß derartige ungläubere Manöver unterstricks unterbunden werden.

Breslau. Die am 7. Juli tagende Mitgliederversammlung erkannte den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums nicht an, da derselbe nur geeignet ist, die Gegenläufe innerhalb der Gehilfenchaft zu verschärfen. Die Breslauer Kollegen sehen ein, daß dem offenen Kampfe mit der Prinzipalität nicht mehr ausgewichen werden kann. Sie fordern den Verbandsvorstand an, geht in der günstigen Lage im Buchdruckergewerbe auf, die geeigneten Schritte sofort zu unternehmen, um die Kollegenchaft vor weiterer Verleumdung zu schützen. Die Kurzarbeiter muß unter allen Umständen befristet und eine Preisarbeitsverhöhung verhindert werden.

Hannover. Eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung fand am 6. Juli im großen Saale des „Volkshelms“ statt, in der unser Kreisvertreter Pfingsten einen sehr ausführlichen Bericht von der Tarifausgleichsfrage gab. Auf die Ausführungen im einzelnen einzugehen, ist nach dem veröffentlichten Beschlußprotokoll im „Vor.“ wohl nicht nötig. (Sehr richtig, andre Schriftführer hätten das auch beachten sollen. Red.) Allgemein wurde in der Aussprache das ablehnende Verhalten der Prinzipalvertreter gegenüber unsern geringen Forderungen kritisiert. Man hatte geglaubt, daß bei dem fortwährenden Steigen der Wohnmieten, Holz-, Kohlen- und Gaspreise und fast aller sonstigen Bedarfsartikel etwas mehr soziales Verständnis und Empfinden von der Prinzipalität zu erwarten gewesen wäre, leider hatte man sich hierin getäuscht. Auch der vom Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedspruch kommt den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise entgegen, was auch in folgender, einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck gebracht wurde: „Die Hannoverische Gehilfenchaft nimmt mit Entrüstung Kenntnis von dem von uns sozialem Geiste getragenen Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums, da er den Lebensnotwendigkeiten der Buchdruckergehilfen nicht Rechnung trägt. Sie verlangt, daß die Löhne unverzüglich mindestens auf das Existenzminimum — berechnet nach den Löhnen der Vorkriegszeit — erhöht und die jetzigen Benachteiligungen der ledigen Gehilfen ausgeglichen werden.“

Miel. In einer starkbesetzten Verammlung nahm die Mitgliederschaft Miels Stellung zum Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 28. Juni. Nachstehende Entschließung fand einstimmige Annahme: „Die am 6. Juli 1921 tagende Verammlung der Mitgliederschaft Mielsig ihrer Entrüstung Ausdruck über das hoch ablehnende Verhalten der Prinzipale auf der letzten Tarifausgleichsfrage. Die Verammlung hält auch die Sätze des Schiedspruchs des Reichsarbeitsministeriums für durchaus ungenügend und bedauert insbesondere das Ausfallen der ledigen Gehilfen der Lohnklassen A und B. Sollte die Prinzipalität auf ihrem ablehnenden Standpunkte verharren, so erwartet die Verammlung vom Verbandsvorstand, daß er unverzüglich alle Maßnahmen ergreift, die geeignet sind, die berechtigten Forderungen der Gehilfenchaft durchzusetzen.“

Leipzig. Die am 3. Juli abgehaltene allgemeine Buchdrucker Verammlung des Tarifkreises VII nahm Stellung zu dem Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums. Der Gehilfenvertreter Gläß führte der Verammlung den Verlauf der Verhandlungen vor Augen und ergänzte teilweise das Beschlußprotokoll aus dem „Vor.“ Nachdem er noch die Wirtschaftsverhältnisse im allgemeinen, die Lage im Buchdruckergewerbe im besondern gestreift hatte, empfahl der Referent, den Schiedspruch anzunehmen, außerdem hielten Stoff zu bewahren, unsern Führern Vertrauen zu schenken und abzuwarten, was die Prinzipalabstimmung zeigen. In der Diskussion gingen die Wagen teilweise hoch. Wollte doch untre kommunistische Fraktion mit allen Mitteln den lokalen Streik inszenieren. Die Zustimmung wurde ihr aber bei der Abstimmung über ihre eingebrachte Resolution gegeben. Nachdem noch verschiedene Redner für und wider die Annahme des Schiedspruchs gesprochen hatten, stellte im Schlußwort Kollege Gläß in der Diskussion Vorgebrachtes richtig, sprach gegen diejenigen, die nur den Kampf um des Kampfes willen predigen, und über gemachte Erfahrungen während seiner Tätigkeit als Gehilfenvertreter. Mit nochmaligem Appell: „Ruhig Blut und Vertrauen zu den Führern“, schloß er seine Ausführungen. Nachstehende Resolution wurde mit Mehrheit angenommen: „Die am 4. Juli 1921 im ‚Albergarten‘ in Leipzig tagende allgemeine Buchdrucker Verammlung lehnt den vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch als vollständig ungenügend ab. Sie beauftragt den Verbandsvorstand und die Gehilfenvertreter, diesen Standpunkt den Unternehmen gegenüber zu vertreten und zum Ausdruck zu bringen, daß die Gehilfen auf den gestellten Forderungen bestehen bleiben. Die Verammlung erklärt, gegebenenfalls mit den äußersten Mitteln diese Forderungen zu unterstützen und beauftragt den Gauvorstand, für den nächsten Mittwoch eine neue Verammlung einzuberufen, in der erneut zu der Situation Stellung genommen werden soll.“

München. Die Mitgliederschaft München hat in äußerst stark besetzter Verammlung am 5. Juli bei gleichzeitiger Anwesenheit von Vertretern der Mitgliedschaften Augsburg, Freising, Nürnberg, Regensburg und Würzburg zu dem Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums Stellung genommen und folgender Entschließung einstimmig zugestimmt: „Die Mitgliederschaft München des Verbandes der Deutschen Buchdrucker spricht ihre Entrüstung aus über das Bestreben der Arbeitgebervertreter, einen Abbau

am Lohne (Wirtschaftsbeihilfe) zur Selbsthilfe durchzuführen, und verurteilt als entsetzlich den durchweg ablehnenden Standpunkt derselben in bezug auf Gewährung einer den gegenwärtigen Steuerungsverhältnissen entsprechenden auskömmlichen Erhöhung. Der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums muß als vollkommen ungenügend bezeichnet werden. Insbesondere ist zu verurteilen, daß die ledigen Berufsangehörigen der Klasse B im Alter von 21 bis 24 Jahren und alle Berufsangehörigen im Alter von 17 bis 21 Jahren durch den Schiedspruch von jeder tariflichen Lohnherhöhung bzw. Wirtschaftsbeihilfe ausgeschlossen sind. Die Gehilfen Münchens bringen dem gemäßen Verbandsvorstand und den Gehilfenvertretern das größte Vertrauen entgegen. Sie sind ernstlich gewillt, Disziplin zu wahren, werden aber nicht versäumen, ihren Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen durch alle der Organisation zur Verfügung stehenden Mittel.“ Ferner fand folgende Entschließung einstimmig Annahme: „Der Gehilfenvertreter für den Tarifkreis V (Bayern) wird beauftragt, sofort mit dem Verein Münchner Buchdruckermeister in Verbindung zu treten, um einer Söberentscheidung der Münchner Buchdruckergehilfen Verbandsmöglichkeiten zu schaffen, auf Grund der vom Plenum des Tarifausgleichsausschusses erfolgten Überweisung eines diesbezüglichen Antrags an die örtlichen Instanzen.“

Nürnberg. Überaus zahlreich (etwa 600) war die Kollegenchaft zu der Verammlung am 6. Juli erschienen, um Stellung zu der Tarifausgleichsfrage und zum Schiedspruch zu nehmen. Nach einem einleitenden Referat des ersten Vorsitzenden Reichsmitglied lebte eine lebhafte, aber durchaus sachliche Debatte ein, in der von allen Rednern die Zugeständnisse als zu minimal bezeichnet wurden und der in jeder Beziehung kurzfristige und keinerlei soziales Verständnis zeigende Standpunkt der deutschen Buchdruckprinzipale schärfste Verurteilung fand. Ein Redner wies darauf hin, daß die Einberufung des Tarifausgleichsausschusses doch eigentlich ein Unfug sei, wenn die Verhandlungen immer im Reichsarbeitsministerium geführt würden. Man müsse immer mehr zu der Ansicht kommen, daß die Prinzipale an dem Fortbestehen der Tarifgemeinschaft kein Interesse mehr hätten, nachdem sich die Gehilfenchaft um die Aufrechterhaltung ihrer Existenzfähigkeit mehr rüht. Wenn auch die Tarifgemeinschaft beiden Parteien gewisse Vorteile gebracht hätte, so seien die Unternehmer im Buchdruckergewerbe doch diejenigen, die den größten Nutzen aus dem gewerblichen Friedenszustand gezogen haben. Besonders während und nach dem Kriege ist meistens schwer verdient worden, was die kolossalen Neuanfassungen und die Vergrößerungen der Betriebe zur Genüge beweisen. Um so unverständlicher sei die Halsstarrigkeit der Prinzipale gegenüber den überaus berechtigten Gehilfenforderungen. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute in Nürnberg sehr zahlreich versammelten Buchdrucker von Nürnberg-Gürtel nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch. Einstimmig stellt sich die Verammlung auf dem Standpunkt, daß dieser Schiedspruch für sie unannehmbar ist und beauftragt den Verbandsvorstand, unverzüglich Schritte einzuleiten, um eine wirtschaftliche Besserstellung der Gehilfen herbeizuführen. Die Verammlung ist bereit, bis zum Überleben zu gehen.“

M. Plauen i. V. In der mitteilmächtig besetzten Verammlung am 4. Juli nahm der Ortsverein Plauen Stellung zu dem Ergebnis der letzten Tarifausgleichsfrage. Kollege Kraßer (Zwickau) als Teilnehmer an den Beratungen hatte die Aufgabe übernommen, das Ergebnis den Kollegen vor Augen zu führen. Eine Aufgabe, die um so schwieriger war, als das Ergebnis in finanzieller Hinsicht mehr als gering bezeichnet werden muß. Kraßer verstand es ausgezeichnet, den Anwesenden ein treffliches Bild von den überaus schwierigen Verhandlungen zu geben, die durch die Eröffnungsworte des Prinzipalvorsitzenden etwas anders verhalten hatten. Die Verammlung konnte sich nicht entschließen, mit dem Ergebnisse sich zufrieden zu geben. Sie lehnte daher dasselbe als ungenügend ab. In der Diskussion wurde betont, daß die heutige Tagesordnung einen Massenbeschuld hätte hervorrufen müssen, der gegen das unbegreifliche und haßstarrige Verhalten der Prinzipale protestierte, die die Löhne, statt zu erhöhen, abbauen wollten. Unbegreiflicher Weise waren aber diejenigen, welche seer ausgehen, fast gar nicht anwesend. In seinem Schlußwort betonte der Referent, daß in dem jetzt gegebenen Falle die Ledigen im Interesse der Gesamtheit ein Opfer bringen müßten, aber es sei Aufgabe des Verbandes, in Zukunft dem Grundsatze „Gleiche Arbeit, gleicher Lohn“ wieder Geltung zu verschaffen.

Regensburg. In einer am 6. Juli abgehaltenen, äußerst gut besetzten Verammlung erstattete unser Vorsitzender Schindler Bericht über die letzte Tarifausgleichsfrage. In der hierauf einsetzenden regen Diskussion, bei der das Für und Wider des Schiedspruchs lebhaft erörtert wurde, gelangte folgende Resolution mit großer Mehrheit zur Annahme: „Die im Ortsverein Regensburg im B. d. D. B. organisierte Gehilfenchaft Regensburg nimmt nach Anhörung des Referats und Bekanntgabe des Beschlußprotokolls der Tarifausgleichsfrage vom 24. bis 28. Juni 1921 mit Entrüstung Kenntnis von dem Verhalten der Prinzipalvertreter dortselbst, die in einer Zeit, wo sich im Haushalte der Gehilfen die Preissteigerung für alle wichtigen Lebensmittel neuerdings im stärksten Maße fühlbar macht, auf einen Lohnabbau dringen. Der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums, der gemäß den vorausgegangenen Verhandlungen nur ein klägliches Ergebnis, und dies nur für einen Teil der Kollegenchaft, brachte, zwingt zum schärfsten Protest. Unter völliger Verkenntnis der Lage des Arbeiterhaushalts geht er theoretisch nur von den Unteraltern aus,

se seit dem Februar d. J. keine wesentliche Änderung
er Endziffern aufweisen. Praktisch ist es aber so, daß
er im Haushalt unbedingt zum Erhalte des Lebens not-
wendigen Artikel im Preis erheblich steigen, während die
Artikel, für die der Arbeiter überhaupt kein Geld übrig-
bleibt, im Preis etwas nachgelassen haben. Notgedrungen und
unter einer friedlichen Verständigung den letzten Versuch zu
möglichem, stimmt die Verarmung dem Schieds-
spruch unter der Bedingung, daß noch während der Weltungs-
dauer, möglichst sofort, neue Verhandlungen angebahnt
werden, um den Gehältern den zum Leben unbedingt no-
wendigen Lohn zu sichern. Dabei muß unter allen Um-
ständen auch den jungen und ledigen Kollegen voll Rechnung
getragen werden. Wir hegen das Vertrauen zur Gehilfen-
schaft, Verbandsvorstand und Gehilfenvertretern, daß sie
die berechtigten Forderungen mit allen der Organisation
möglichst lebenden Mitteln erkämpfen. Es muß verbindlich
werden, daß die Buchdrucker, an deren Können und
Ehrent die größten Anforderungen gestellt werden, noch
mehr, als dies schon der Fall, zum Kampfen proletarischer
Kämpfer. Für alle Folgen der kurzschichtigen Prinzipals-
politik, die eine Vogelsträuberei betreiben, muß ihnen
die Verantwortung überlassen werden. Der Fortschritt der
Arbeiterentscheidung hat dem Gedanken der Tarif-
gemeinschaft am Jahrestag ihres 25jährigen Bestehens
den schärfsten Stolz bei der Gehilfenschaft gegeben. Möge
in einsichtsvollem Verhalten der Prinzipale das schwan-
dende Gebäude vor dem Zusammenbruch bewahren. Die
junge Gehilfenschaft wird eiserne Disziplin ihren Führern
gegenüber bewahren."

Stettin. In der am 6. Juli stattgehabten Ver-
sammlung der tarifstreuen Gehilfenschaft gab unser Ge-
hilfenvertreter Reinke einen eingehenden Bericht über die
Verhandlungen der letzten Tarifabschlusskonferenz. Er legte
dar, wie die Prinzipalität auf Grund ihres „sozialen Ver-
ständnisses“ für die Forderung der Gehilfenschaft förmlich nur
in sehr beschränkter Forderungen und Anträge derselben
Fall ablehnte. Das Endresultat dieser über alles er-
habenen Stillschubarbeit war dann die Anrufung des
Reichsarbeitsministeriums durch die Prinzipale, das nach
vorläufigem Einverständnis anderer Schiedsrichter die
ihnen Zeit (Buchbinder usw.) zu dem bekannten
Spruch kam. Die nach beendeter Bericht einsehende
öffentliche Aussprache unterzog das förmliche Verhalten der
Prinzipalität während der Verhandlung im Hinblick auf
die zu Beginn vollzogene Sublimationsfeier einer kritischen
Betrachtung. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die
Aussprüche verschiedener Prinzipale nicht scharf genug ge-
sagt werden können. Der Schiedsrichter, in seinen Einzel-
heiten besprochen, wurde als vollkommen ungenügend
bezeichnet, das Verhalten der ledigen Kollegen fand
die härteste Verurteilung. Kollege Reibeck (Berlin) machte
es geltend, unter Berücksichtigung seines jetzigen Gehalts
seiner einzigen Ausführungen, die auf Empfehlung der
Entnahme des Schiedsrichters hinzielen. In seinem
Schlußwort forderte Kollege Reinke die Wahrung un-
verletzlicher Ruhe bis zum 10. Juli auf. Was dann ge-
schehe, könne noch nicht gesagt werden; er hege jedoch die
gute Hoffnung, bei lebendigen Vorkommnissen eine besondere,
entscheidende und vor allem geschlossene Gehilfenschaft hinter
sich zu haben. Folgende Resolution fand die Mehrheit in
der Versammlung: „Die am 6. Juli in „Kob“ feststehen-
den tarifstreuen Gehilfenversammlung lebend den voll-
ständig ungenügenden Schiedsrichter ab. Insbesondere
ehnt die Verarmung die erneute Stellung auf und
fordert eine den Verhältnissen entsprechende gleiche Zulage
für alle Gehilfen. Die Stettiner Gehilfenschaft ist bereit,
mit allen Mitteln dafür einzutreten.“

Würgburg. Die am 6. Juli tagende Versammlung
der Mitgliedenschaft Würgburg des Verbandes der Deut-
schen Buchdrucker gab nach dem Berichte des Kollegen
Schubmacher von der Versammlung der Münchner
Mitgliedenschaft, wo Kollege Kemmerich über die Tarifaus-
schußung berichtete, ihren allgemeinen Anzuredenheit
Ausdruck. Sie hatte erwartet, daß man der tatsächlich
schwer um ihre Existenz kämpfenden Gehilfenschaft mehr
Entgegenkommen zeigen würde. Die Versammlung er-
wartet unter allen Umständen vom Verbandsvorstande,
daß er ungenügende Maßnahmen ergreife, die zu einer
Besserung der schlechten wirtschaftlichen Lage der Gehilfen-
schaft führen und nahm aus diesem Grunde augenblick-
lich von einer ablehnenden Haltung zu dem Schiedsrichter
Abschied. Obwohl die Versammlung die Gründe zu einem
gütlichen Vorgehen einzelner größerer Mitgliedchaften als be-
rechtigt anerkannte, erblickte sie in einem solchen Vorgehen
eine Schwächung der Disziplin und Solidarität bei der Gesamt-
gehilfenschaft und versprach sich nur durch zentrales Vor-
gehen einen vollen Erfolg. Die Versammlung vertrat
ferner den Standpunkt, daß dem geschlossenen Unternehmern-
tum und der Regierung gegenüber die Forderungen der
Arbeiterchaft nur durch ein geschlossenes Vorgehen aller
Verbandsverbände durchgedrückt werden können und ver-
langte deshalb vom Verbandsvorstande, daß er unverzüglich
bei der Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerks-
chaftsbundes diesbezügliche Schritte unternimmt.

Einzelftimmen zu dem Berliner Ver- handlungsresultat Lohnstaffelung

Mit wachsender Unruhe verfolgte ich das Resultat der
Tarifabschlusskonferenz im „Korr.“ — bis ich dann endlich
bei dem von wenig sozialem Empfinden zeugenden „Schieds-
richter“ angelangt war.
Es ist mir klar, daß nur eine Verhöhnung der Lage
in ihrer grausamsten Art das Reichsarbeitsministerium zu

einem derartigen „Urteil“ bewegen konnte. Doch es ist
mir auch obdieses schon zum Bewußtsein gekommen; die
jungen Kollegen schreien zu den Stellenhabern auserhö-
ren zu sein, ungeachtet der gleichen Verschärfung, der sie
bisher unterworfen waren. Die höhere Entlohnung der Ver-
beiratenen sowie die Benachteiligung der im ersten Ge-
bührenjahre lebenden Kollegen ist mir einleuchtend. Für
die außerdem noch bestehenden Lohnstaffeln habe ich mich
aber bisher vergeblich bemüht, eine Rechtfertigung zu
finden. Das ist eine Härte für die junge Kollegenschaft,
die ihrerseits lacht. Es wäre endlich an der Zeit,
diesen Gewohnheitsfällen eine Schranke zu setzen, zudem
sie mit ihren unriedensfertigen Wirkungen zur Förderung
der Einheit und Kollegialität im krassen Widerspruch
stehen.

Sind die maßgebenden Instanzen etwa der optimistischen
Annahme, der Warenhändler passe seine Preise unfern be-
stehenden Lohnstaffelungen an? Oder ist ihnen bekannt,
daß bei den Anforderungen, die an die Leistungsfähigkeit
jedes einzelnen gestellt werden, eine dementsprechende
Staffelung verdränglich wird? Dies dürfte kaum zu-
treffend sein. Dana stände also noch die Möglichkeit offen,
daß vielleicht der ein oder zwei Jahre jüngere ledige
Kollege hinsichtlich seiner Mindererträglichkeit dem kolossalen
Kapitalzuwachs nicht den nötigen Verwaltungssinn gegen-
überzustellen vermag. Diese Befürchtung käme wohl
auch nur dann bei den jungen Kollegen in Frage, die
nebenbei noch über irgendeine große Erbschaft zu verfügen
haben.

Schreiber dies ist nicht in der angenehmen Lage, Kost-
und seiner Eltern zu sein; nur zu oft ist man unter frem-
den Menschen auf deren Lebenswürdigkeit, die in den
seltesten Fällen der finanziellen Grundlage entbehrlich, an-
gewiesen. Es ist noch erwähnenswert, daß dem Vorwärts-
strebenden in Anbetracht seiner Mittellosigkeit die Mög-
lichkeit sehr erschröcklich wird, sein Wissen durch Teilnahme
an sachmännlichen Kurien und sonstigen Förderungen zu
bereichern, aber gerade in seinen jungen Jahren ist der
Mensch für Fortbildungen am aufnahmefähigsten. Darum
sei es noch einmal gesagt: Weht auch dem jungen Gehilfen das,
was man ihm durch die „einzig dastehenden“ Stellenungen
zu entziehen sucht, er hat einen gerechtfertigten Anspruch
darauf!

Breslau. Will Dpt.

Redige — rührt euch!

Die Benachteiligung der ledigen Kollegen durch die
Staffelung der Zulage zur Wirtschaftsbefähigung erweckt
allgemeine Verärgerung; auch ich finde sie nicht gerecht.
Abgesehen davon, daß die ledigen Kollegen in Qualität
und Quantität genau zu produzieren müssen wie ihre
Verbeiratenen — ihnen folglich auch derselbe Lohn ge-
bührt, was im „Korr.“ schon genügend erörtert wurde —
bringe ich „einen neuen Beweis“, wie notwendig es ist, bei
Tarifverhandlungen die ledigen Kollegen mit den Ver-
beiratenen auf gleiche Stufe zu stellen.

Ich will nur darauf hinweisen, daß die wirtschaftliche
Lage der Ledigen eine oft sehr verdröbenete ist. Hört man
nur das Wort „Ledig“, so ist man geneigt, sich einen
jungen, lebensstüffigen Menschen vorzustellen, der recht viel
Geld übrig haben muß — das ist aber durchaus nicht der
Fall. Es steht fest, daß die Mehrzahl der ledigen Kol-
legen doch auch einmal betrauten will. Braucht man nicht
gerade zur Vorbereitung für die Ehe am meisten Geld? Kann
man heutentags von der Tochter eines Arbeiters etwa eine
Aussteuer erwarten? Ganz gewiß nicht! Deshalb ist der
ledige Kollege, wenn er ernstlich für seine
Zukunft schaffen will, gezwungen, zu sparen, sich zur An-
schaffung eines eignen Haushalts, wenn es nur irgend
geht, etwas zurückzuliegen. Dieses Sparvermögen ist bei den
schlechten Lohnverhältnissen und den teuren Möbelpreisen
ein recht langsames Wachstum und stellt die Geduld des-
jenigen, der gern betrauten will, auf eine harte, recht harte
Probe. Wird nun gar noch die geringe Zulage reduziert,
so ist es überhaupt unmöglich, sich ein eignes Heim zu
gründen.

Ich begreife nicht, wie man bei den Tarifverhand-
lungen so etwas übersehen kann; es schließt sich jedes
kleinere Denken aus. Die ledigen Kollegen werden eben
zu oberflächlich beurteilt! Man soll sich doch vor Augen
halten, daß zur Anschaffung einer einfachen Wohnungsein-
richtung in der heutigen Zeit mehr Geld erforderlich
ist, als mancher Verbeirater braucht, der vom Erben
her in seinem Heim komplex ist. Die Summe der Kränkung
kommt nicht Invaliden, Kranken usw. aus untern Reihen
zugute, sondern driehet den Unternehmern. Das ist un-
verantwortlich.

Wir werden, wenn wir mit den Verbeiratenen in Lohn-
angelegenheiten nicht unbedingt auf gleiche Stufe gestellt
werden, aufhören zur Gründung einer Redigenpartei. Diese
Redigenpartei wird ganz wirkungsvoll für ihre Interessen
kämpfen. Man soll aber nicht annehmen, daß diese ins
Leben gerulene Redigenpartei auch gelegentlich die Inter-
essen der Verbeiratenen miltretreten wird. Die Folge
wäre eine weitere Zerstückelung unter uns, wo Einheit
dringend erforderlich ist. Dies zu verhindern, ist den Ge-
hilfenvertretern aus Herz gelegt. (Der Verfasser dieses
Artikels scheint bei seiner Gründung der „Redigenpartei“
ganz zu übersehen, daß für diesen Antritt sich in anderen
Gewerkschaften schon lange ein Anlaß gegeben haben
müßte, weil die Ausschaltungen der jüngeren Berufs-
genossen, so bedauerlich sie sind, anderswo schon früher in
Übung gekommen sind. Red.)

Zuletzt möchte ich noch auf eine Gruppe Rediger hin-
weisen, die es für ihre Pflicht halten, als einzige Erbinne
ihre Mutter zu ernähren bzw. zu unterstützen. Hier ist die
Lage besonders hofflos und die Heiratsaussichten nicht

nur äußerst schmaler, sondern bei Buchdruckerhöfen fast
ausgeschlossen. Deshalb fordern wir: Gleiche Bezahlung
für Ledige wie für Verbeiratede!

Das Erzeugende selbst ist, wie fast immer, sehr minimal.
Uns schadet oft die Bildung, der Ansehungsgeist, die
Fähigkeit, sich in Vernunft zu ergeben und zu verstehen.
Die Prinzipalität macht es anders. Sie schaltet bei Lohn-
forderungen die Vernunft einfach aus und ist abfolgt nicht
geneigt, sich in die Not des Arbeiters zu verliehen. Schlagen-
der Beweis ist das brutale Nein, das die Prinzipalsver-
treter untern Gehilfenvertretern entgegengeleuderte, wo
Sille ohne weiteres einleuchtend. Na und wo? Sind wir
auch gegenständig genug? Man beherzige, sich in den
negativen Standpunkt vertiefen, heißt vernünftig sein —
Vernunft aber ist in diesem Falle Schwäche, und mit
Schwäche können und dürfen wir nicht arbeiten.
Kelpsta. Otto Müller.

Die neue fürstliche Steuerungszulage

Au das Resultat der diesmaligen Tarifabschlusskonferenz
hat wohl niemand von der Gehilfenschaft mit großen Hoff-
nungen gewartet. Die Klagen unserer Prinzipale über die
traurige Lage im Gewerbe sind uns noch von der Fe-
bruartagung frisch in Erinnerung. Das Reichsarbeits-
ministerium hat einen Schiedsrichter gestellt, der einem
zum Vachen retzen könnte, wenn man sich nicht in den
Ädern hätte. So aber packt einen der Zorn über diese
Bestellplennige, die der Kollegenschaft zur Annahme em-
pfohlen werden. Außerdem geben nicht nur die Kollegen
der Lohnklasse A leer aus, sondern diesmal auch die
Ledigen der Klasse B. Der jüngere Teil der Kollegenschaft
wird dadurch sicherlich zum eifrigsten Anhänger der
Tarifgemeinschaft! Um den Willen etwas schmachtlicher zu
machen, gibt man die neue Zulage wieder als monatliche
Wirtschaftsbefähigung aus, denn pro Woche aufgeteilt, macht
es doch gar zu wenig aus.

Daß man mit dem jetzigen Lohne wirklich keine
Sprünge machen kann, braucht man nicht erst zu er-
wähnen, denn darüber ist im „Korr.“ genug geschrieben
worden. Eigentümlich ist es, daß auch in den neuen
Steuerungsunterlagen wieder Unterschiede zwischen Groß-
stadt und Provinz gemacht werden. Es wird endlich Zeit,
damit Schluss zu machen, denn wer glaubt heute noch,
daß a. B. 25 km von Berlin die Lebenshaltung sich
wöchentlich um 65 Mk. billiger stellt (Verbeiratede in
Klasse C)? Jedenfalls müssen wir diesen Schiedsrichter
glatt ablehnen.

Den Vorwurf müssen sich unsere Vertreter schon ge-
fallen lassen, daß sie im Februar den Zeitpunkt verpaßt
haben, wo etwas andres herauszubolen war als eine
Wirtschaftsbefähigung. Die gesamte Kollegenschaft hätte in
diesen Tagen hinter ihn gestanden.

Strausberg. O. Z.

Ein kleiner Beitrag zur Bücher- verleuerung

Als Ausländer mögen mir einige Worte zur Bücher-
verleuerung vergönnt sein. Sagt man doch nicht selten,
daß die Abhängigkeit des deutschen Buches infolge der
hohen Löhne der Hersteller, also der Buchdrucker, stark
vermindert wird. Ich bin ein aufmerksamer Leser des
„Korr.“ und kenne deshalb die vor einiger Zeit darin
enthaltenen gewesenen Ausführungen über die Ursachen der
hohen Bücherverleuerung.

Ein krasses Beispiel der hohen Verleger- und Ver-
triebsgewinne — gewiß geht auch der Autor nicht ganz
leer aus in dem Falle — zeigt sich bei dem Werke „Das
Reiselagebuch eines Philosophen“. Bei diesen Zeiten habe
ich nur rein die Frage der unerhörten Verleuerung im
Auge, es soll weder auf die geistige Bedeutung des
Werkes, dem bei vielem Lob auch so manche Überhöhung
zuteil wird, noch auf die sonstige Tätigkeit des Verlegers
eingegangen werden. Als Buchfreund — nicht etwa um
des Wohlwollens der Bücher willen, sondern des Inneren
Gehalts wegen — machte ich mir von meinem Arbeits-
grochen allwöchentlich etwas ab zur Anschaffung guter
und bester Werke. Wie erstaunte ich nun, daß die An-
schaffung des genannten Werkes (bei einer reichsdeutschen
Buchhandlung) 180 Mk. kostete. („Meiners Handlexikon“
98 Mk.) Bei der famolen Marktrechnung steil ich in
den Buchhandlungen der Tschechoslowakei der Preis auf
250 300 Kr.

Wie sind diese Bände nun ausgestattet, was kostete
diese Ausstattung in der Vorkriegszeit, und um wieviel
hat sich das Werk gegenüber der lebensfachen Steigerung
der Löhne verleuert? Die beiden Bände sind auf stärkerem
Zettelpapier gedruckt (wie bei einem philosophi-
schen Werke wohl nicht besonders hervorzuheben ist, ohne
Illustrationen, also glatter, lauterer Satz), gebunden in
Deckel mit Leinen vordrückendem Papierüberzug und
umfassen etwa 800 Seiten Kleindruck. In der Vorkriegs-
zeit kosteten diese Bände schon, gutgedruckt und den Wert
des lebenden Autors in Berücksichtigung dessen, höchstens
8 4 Mk. Demnach beträgt die Steigerung das Zweifeln-
anzwanzigfache (hier das Fünfundzwanzigfache bis Dreißigfache)
gegenüber der Vorkriegszeit. Unmöglich kann angenommen
werden, daß der Autor das Zwanzigfache des Honorars
aus der Friedenszeit empfängt, sonach beläuft die hohen
Gewinne die Verleger und die Löhne des Zwischen-
handels ein. Wir haben es in unserm Falle mit einem
Werke zu tun, bei dem Ausreden mit Verlegerethik nicht
genügt werden können, da eine Auflage die andre treibt.
Mit einer derartigen Verleuerung nicht wieder ein-
schlagender Beweis für die Unhaltbarkeit der derzeitigen
Zustände im Buchhandel? Schreibt eine solche unerhörte

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingeliefert am 20. März des Jahres. Der Betrag ist bei Bestellung gleich mitzuführen.

Beilage zu Nr. 80 — Leipzig, den 14. Juli 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer.

Das fertige Mietssteuergesetz

Das Gesetz über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues ist vom Reichstag verabschiedet worden. Seit mehr als einem Jahre ist die Entwurf zu diesem Gesetze, das man mit dem Namen „Mietssteuergesetz“ nicht zu verwechseln mit dem Reichsmietengesetz, das noch seiner endgültigen Annahme durch den Reichstag harret — bezeichnet, im Städtungs- und Wohnungsausschüsse des Reichswirtschaftsrats. Dieser Umstand läßt erkennen, mit welcher Schwierigkeit seitens der Vertreter der Arbeiterparteien gekämpft werden mußte, um den Entwurf einigermassen annehmbar zu gestalten; um vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß nicht die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung den Anwandeln dieser Steuer zu tragen hat. Das Gesetz, dessen Betrag lediglich zur Förderung der Wohnungsbefähigung und der Siedlung verwendet werden und sich nur auf Gebäude beziehen soll, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellt sind, sieht eine Abgabe von 3 Proz. des Nutzungswertes (Mietwertes) vor. Zu dieser Abgabe erheben die Gemeinden noch einen Zuschlag von mindestens 5 Proz., der jedoch mit Genehmigung der obersten Landesbehörde — nicht das Reich, sondern die Länder erheben die Steuer — auf 10 Proz. erhöht werden kann. Für alle Wohnungen, Fabriken, Werkstätten, Bureaus, Scheunen, Ställe usw. ist die Steuer zu erheben. Sozialdemokratische Verbesserungsvorschläge zu dem Gesetze, z. B. ein Antrag der SPD., der verhindern wollte, daß öffentliche Bauten in Privateigentum übergeben, und daß die durch Vermietung oder durch den Verkauf übermäßig ausgenutzt werden, ferner ein Antrag der USPD, der Volkshäuser, Gewerkschaftshäuser u. dgl. von der Abgabe befreit wissen wollte, wurden vom Reichstag abgelehnt; ebenso aber auch ein Antrag der Deutschen Volkspartei, Gebäude, die einen Gewerbebetrieb zum Gegenstand haben, von der Steuer auszuschließen.

kleinerrenten und solchen Steuerpflichtigen, die unter Arbeitslosigkeit oder Krankheit stark zu leiden haben, soll die Steuer auf Antrag zurückgestellt werden. Ob die Steuer in Form einer Abgabe von Grundvermögen oder in Form einer unmittelbaren Mietssteuer erhoben wird, ist den Ländern freigestellt. Der sozialdemokratische Vertreter im Wohnungsausschüsse (Sollmann) hat die Wirkung der Steuer durch zwei Beispiele klargelegt, die den Lesern des „Korr.“ nicht vorzuenthalten werden sollen.

1. Ein Land bringt die Abgabe durch Grundsteuer auf, wobei nur bedeute Grundstücke getroffen werden dürfen. Die auf ein Haus in bestimmtem Wert entfallende neue Steuer beträgt 200 Mk. jährlich. Der Vermieter bewohnt die Hälfte des Hauses, zwei Mieter je ein Viertel. In diesem Falle werden die 200 Mk. Abgabe vom Vermieter erheben, der 100 Mk. aus eigener Tasche zahlen muß und je 50 Mk. von den beiden Mietern einzuziehen kann. Die Gemeindeforderungen regeln sich entsprechend.
2. Ein Land erhebt die eigentliche Mietssteuer. Die Steuerbehörde stellt den Mietwert der Gebäude und Gebäudeteile am 1. Juli 1914 fest. Ein Haus hat vier Wohnungen. Die vom Hausbesitzer benutzten Räume hatten am 1. Juli 1914 einen Mietwert von 900 Mk. jährlich, die von den drei Mietern benutzten Räume von je 500 Mk. jährlich. In diesem Fall erhebt das Land von dem Vermieter 45 Mk., von den drei Mietern je 25 Mk. jährlich (5 Proz.). Durch den Gemeindeforschlag wird die Steuer verdoppelt.

Interessant ist die Stellungnahme der Regierung und der einzelnen Reichstagsfraktionen zu diesem Gesetze. Der Arbeitsminister Dr. Brauns vertritt den Standpunkt, daß eine Förderung des Wohnungsbaues selbst dann nicht möglich wäre, wenn man an eine Sozialisierung des Wohnungsbaues herantreten wollte. Aber auch eine Freigabe des privaten Wohnungsbaues kann nach seiner Meinung den Wohnungsbau nicht fördern. Die Mieten würden sich auf das Zwölffache steigern; auch der Grundstückspreis würde sich entsprechend erhöhen. Da der Mehrwert der Mieten nach der Verfassung der Allgemeinheit zugestanden werden muß, soll der Ertrag des Gesetzes nicht den Hausbesitzern zugute kommen; die Abgabe soll vielmehr der Beschaffung von Kleinwohnungen gewidmet und zu Siedlungszwecken verwendet werden. Die leistungsschwachen Schulkinder werden, so behauptete der Minister, nach Möglichkeit von der Abgabe befreit. Gemeint ist eine Bestimmung des Gesetzes, nach welcher Mieter mit einem steuerbaren Einkommen von 4000 bis 7000 Mk. von der Steuer befreit bleiben. Unter den heutigen Verhältnissen eine derartig niedrige Grenze festzusetzen, ist jedoch — geltend ausgebracht — eine Verhöhnung der breiten Massen, denn ein Jahresgehalt von 4000 bis 7000 Mk. entspricht einem Wochenlohn von 100 Mk., der in solcher Höhe wohl nur ganz selten und nur unter bestimmten Voraussetzungen anzutreffen sein wird.

Die Reichsparteien erklärten, daß eine Änderung der Wohnungsnot nur durch die Behebung privater Bau-tätigkeit möglich sei. Daß sie bei dieser Gelegenheit gegen eine Sozialisierung des Wohnungswesens lebhaft protestierten, verliert sich am Rande.

Von den Arbeiterparteien lebten die Kommunisten den Geleitwurf grundsätzlich ab, weil er nach ihrer Meinung die Wohnungsnot doch nicht lindere.

Die Unabhängigen betrachteten die Vorlage als Stückwerk; nach ihrer Ansicht schließt der Entwurf die kapitalistische Wirtschaftsordnung. Sie verlangten eine litenge Rationalisierung des Wohnungswesens und die volle

Sozialisierung der Wohnungsbauten vom ersten Spatenstich bis zum Abbau.

Die Sozialdemokraten ließen sich bei ihrer Zustimmung zu dem Geleitwurf davon leiten, daß erstens die Wohnungs- und die Arbeitslosen nicht so lange warten können, bis der Reichstag den von den Arbeiterparteien eingebrachten Vorschlägen zustimmt, und daß zweitens die Ablehnung des Gesetzes eine Erleichterung für die deutsche Mieterkassette nicht bringen, sondern im Gegenteil den Wohnungsmangel noch steigern, die Laster der Mieter vergrößern und dadurch die Zwangswirtschaft vollkommen zum Ausbrechen lassen würde. Den Hauptwert legte der Redner der SPD. auf den sozialen Gedanken, der den Geleitwurf durchweht und der dadurch zum Ausdruck kommt, daß der Mehrerwerbszuwachs der Allgemeinheit zugestimmt wird.

Die Forderung auf ein niedriges Niveau zu bringen, war dem Demokraten sehr vorbehalten, der u. a. erklärte, die Arbeiter könnten die höheren Mieten viel leichter zahlen, wenn sie weniger Zigaretten rauchen und weniger Schnäpse trinken würden. Abgelesen von der Geschichtsschreibung einer derartigen Redewendung, hat dieser Demokrat seine Volksmässigkeit damit aus glänzendste bewiesen. Die Arbeiter seines Wahlkreises aber werden ihm diese Worte jedenfalls nicht so bald vergessen.

Das Gesetz, das schließlich gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten zur Annahme gelangte, bringt wiederum eine wenn auch nicht erhebliche Verbesserung des Lebensunterhalts. Man muß mit einer Mehrausgabe von mindestens 5 Mk. pro Monat rechnen. Immerhin kann man sich mit der nun zum Gesetz erhobenen Mietssteuer abfinden, und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil die Ertragsquelle der Steuer unmittelbar den Mietern wieder zugestimmt werden, insofern, als sie lediglich zur Verzinsung und Tilgung der für Kleinwohnungen ausgegebenen Summen verwendet werden dürfen.

Das Gesetz bedeutet in Anbetracht der lurchbaren Wohnungsnot zwar nur einen Tropfen auf den heißen Stein; aber immerhin werden die Wohnungsbauten, die hoffentlich sofort in Angriff genommen werden, vielen Obdachlosen Unterkunft gewähren und auch vielen Tausenden von Bauarbeitern Arbeitsgelegenheit bringen. An der aus Gewerkschaftsführern und Mitgliedern der beiden sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen gebildeten, mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zur umfassenden Behebung der Wohnungsnot beauftragten Kommission wird es nun liegen, mit weiteren Plänen zu dienen. rk.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. (Tobannsteler.) Schwarze Wolken am Himmel, drohende Wolken auch am tariflichen Horizont — so begann der Tag der diesjährigen Tobannsteler. Jedoch die Berliner Buchdrucker sind verregnete Tobannsteler gewöhnt. Und so lehte schon um die Mittagshunden des 25. Juni der Zutritt nach der „Neuen Welt“ ein. Die Wagenmüssen sollten diesmal befehrt werden, denn es hätte sich schnell auf, und der Beginn der Feler erfolgte bei strahlendem Sonnenschein, was viele veranlaßte, den „Stromen“ Wunsch auszusprechen, daß auch die Wolken am tariflichen Horizont sich so schnell verziehen möchten. Doppelkonzert und ein tadelloses Spezialitätenprogramm, Sinderbeistellungen und ein Sinderbeistellung sowie zum Schluß das traditionelle Feuerwerk unres Verbandstewerker liehen die Kollegen und ihre Familien die Miere des Mittags vergessen. In den späten Nachmittagsstunden fand sich auch ein Teil der an den Tarifausschuhverhandlungen beteiligten auswärtigen Kreisvertreter sowie Mitglieder des Verbandsvorstandes, der „Korr.“-Redaktion und des Tarifausschusses ein, die sich nach den Vorklachten im Tarifausschuh im Kreise der Berliner Kollegen schicklich augenscheinlich wohler fühlten. Im kleinen Saale fand um 7 Uhr der eigentliche Festakt statt. Voran ging ein Musikstück des rühmlichst bekannten „Neuen Berliner Tonkünstlerorchesters“ unter Leitung seines Dirigenten Franz Solfelder. Ihm folgte der Kollegengesangverein „Eponographia“ mit dem Lied „Eisenwind“ von Baumann, dessen Vortrag dem k:n Versehen Ruhe de selbstem sowie seinem Normmeister Alex. u. Weinbaum alle Ehre machten. Die sich anschließende Festrede wurde, da Solfelder Massint zu seiner Erlosung beurlaubt ist und Kollege Albrecht durch eine Kommisionierung im Tarifausschuh verhindert war, vom Kollegen Scheller gehalten. In kurzer, aber treffender Weise entledete sich dieser seiner Aufgabe. Er gab einen kurzen Überblick über die nunmehr 25 Jahre bestehende Kartellgemeinschaft, erwähnte die augenscheinlich schwebenden Verhandlungen über eine Aufbesserung der prekären Lebenslage der Buchdrucker und wies zum Schluß auf den Ernst der Situation hin. Bei der Annahmestärke der Prinzipale und ihren Lohnabstreitungen seien die Buchdrucker aneinander wieder einmal dazu ausgerufen, ihren Ruf als Moniere der Arbeitskraft zu festigen. Deshalb sei dieses Zusammenhalten, Kollegialität und Solidaritätsgefühl, welches die Buchdrucker immer ausgezeichnet habe, mehr wie je von-

noten. Für das gute Gelingen des Tobannsteler im „Internationalen“ Stille sei den Kollegen der Bergnütungskommission an dieser Stelle herzlich gedankt.

Berlin. (Schriftsteler.) In der Generalversammlung vom 2. Mai d. J. wurde zur Kenntnis gegeben, daß die Firma Scheller & Gledede ab 1. Oktober aus der Kartellgemeinschaft ausscheidet. Die Neuwahl des Vorstandes ergab, daß der gesamte Vorstand, außer zwei Beisitzern, wiedergewählt wurde. Der Vereinsbeitrag wurde am 1. Juli auf 50 Mk. erhöht. — Die Versammlung am 21. Juni erklärte sich mit dem Ergebnis betreffend Stellungnahme der Leipziger Kollegen in Sachen Scheller & Gledede einverstanden. Die aufgelisteten Sätze betreffs Steuerzulage für Akkordeur und gelernte Arbeiter (60 Pf. die Stunde, Angelernte 50 Pf., ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen 40 Pf. die Stunde) wurden gutgeheißen. Die Prinzipalsanzüge zum Reichstarif wurden verlesen. Aus der Mitte der Versammlung wurde folgender Antrag eingebracht und einstimmig angenommen: „Die am 21. Juni tagende Versammlung des Vereins der in Schriftstelerien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins erklärt nach Kenntnisnahme der von den Arbeitgeberstellern gestellten Änderungsanträge zum Reichstarif, daß sie es ablehnen müssen, derartige provozierende Änderungsanträge einer Besprechung zu unterziehen. Sie beauftragt die Delegierten, bei den kommenden Reichstarifverhandlungen, falls die Arbeitgeber ihre Anträge selbst vor Eintritt in die Beratungen nicht zurückziehen, unter allen Umständen den Zetteln zu fordern.“ Das Regulator der Zentralkommission wurde ebenfalls angenommen. Die Wahl von drei Delegierten zur Reichstarifverhandlung wurde vorgenommen. In einem Appell des Vorstehenden an die Versammlung kam zum Ausdruck, daß der heutige Massenbesuch ein Beweis dafür sei, jede Verschlechterung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen auf alle Fälle abzuwehren.

Volzenburg (Elbe). Einem langgehegten Wunsch entsprechend, fanden sich am 24. Juni, dem Tobannsteler, sämtliche am hiesigen Orte konfliktlosenden Kollegen zusammen, um zur Gründung eines Ortsvereins Stellung zu nehmen. Kollege Segermann begrüßte in kurzer Ansprache die Erschienenen und gab seiner Freude kund, endlich die Zeit gekommen zu sehen, einen Ortsverein ins Leben zu rufen. Die Wahl des Vorstehenden fiel auf Kollege Segermann, der zugleich die Stassenführer miterledet. Die Lokalzulageaussetzung mit 5 Proz. für den hiesigen Ort konnte durchaus nicht befriedigen. Um die Fortbildungsmöglichkeit am Orte zu haben, soll ein reger Druckschriftenaustausch herbeigeführt werden. Sämtliche Anschriften sind an den Vorstehenden, R. Segermann, Volzenburg (Elbe), Kirchplatz, zu richten.

Jh. Dresden. Die ordentliche Hauptversammlung des Dresdener Buchdruckervereins vom 15. Juni erledigte die übliche Tagesordnung: Genehmigung der Jahresrechnung, Beschlußfassung über die Unterstützungen und über die Höhe der Beiträge, Entschädigung für den Vorstand, Neuwahlen, Beratung der neuen Satzungen und einige Anträge. Kollege Schröder konnte im Jahresbericht eine Besserung gegen das Vorjahr feststellen. Die Jahresrechnung wurde genehmigt. Bei den Unterstützungen und den Beiträgen blieb es beim Alten. Die Entschädigung für den Vorstand wurde etwas erhöht. Die Neuwahlen gingen glatt vonstatten; mit großer Mehrheit gegenüber den Kandidaten der Opposition wurden die bisherigen Vorstandsmittelglieder wiedergewählt. Der Schriftführer und ein Stellvertreter wurden wiedergewählt, so daß an ihre Stelle neue Männer treten. Die neuen Satzungen fanden bis auf eine unwesentliche Änderung nach der Vorlage des Vorstandes einstimmige Annahme. Nach dem neuen § 1 führt der Verein den Namen Dresdener Buchdruckerverein, Ortsverein Dresden (B. d. D. B.), ist eine Mitgliederschaft des Gewerksches Dresden vom B. d. D. B. und besitzt die Rechtsfähigkeit durch staatliche Verleihung. Nur Verbandsmitglieder können Mitglieder des Vereins werden. Eine von den Bibliothekaren vorgeschlagene Änderung der Belegbestimmungen wurde ebenfalls einstimmig angenommen, eine großzügige Antrug zur Verwirklichung von Geld für Neuanfassungen abgelehnt. Die Graphische Vereinigung erblickt — unter Ablehnung eines weitergehenden Antrags — 100 Mk., der auf Grund der neuen Satzungen nun selbständige Gefangener 200 Mk. — Die anschließende Sammltag der Versammlung (es war die letzte Versammlung, bei der geleistet und tagungsgemäß diese Form gewählt werden mußte) bräte den Bericht des Schriftführers über den Gantag, stellte die Kandidaten zur Wahl des Vorstandes auf und beauftragte sich zum Schluß mit einigen brälichen Angelegenheiten. Der Bericht vom Gantage gab zusammenfassend die dort geflozenden Verhandlungen und das Referat des Kollegen Seltz wieder. Widerspruch gegen den Bericht erhob nur ein Redner der Opposition, der seine Rede vom Gantage wiederholte und ergänzte. Die Vorklätze zur Wahl des Vorstandes hielten auf den Wahlen zum Vorstand des Ortsvereins. Gegen den stellvertretenden Gantageleiter stellte die Opposition einen eigenen Kandidaten auf, weitere Vorklätze von dieser Seite wurden abgelehnt. Die brälichen Angelegenheiten betrafen u. a. das Tobannsteler mit seinen besonderen Unterstützungen an Arbeitslose, Reisende

und Invaliden und den Dresdner Lokalschlag, der nun auf 25 Proz. beträgt.

Emden. Am 17. Juli begehrt Kollege Heinrich Bömeke sein 50jähriges Berufs- und 45jähriges Verbandsmitgliedsamt. Kollege Bömeke ist das älteste Verbandsmitglied Ostfrieslands und noch heute ein eifriger Verbandsbesucher, der mehrmals verschiedene Ehrenämter bekleidete. Am 16. Juli findet eine Feyer zu Ehren des allseits geschätzten Jubilars statt, zu welcher alle Bezirkskollegen herzlich willkommen sind.

K. Essen. (Maschinenleher.) Die Bezirksversammlung am 12. Juni war von 37 Kollegen besucht und wurde vom Kollegen S. Müller geleitet. Zwei Kollegen konnten wieder unsere Reihen beigefügt werden. Unter „Geschäftlichem“ erwähnte der Vorsitzende ein Zirkular des Zentralkommissionen, worin gegen das Metallentwerfen Front gemacht wurde. Dann hörte die Versammlung den Bericht von der Hagener Gewerksammlung, den der Vorsitzende gab. Der Stellenbericht für das erste Quartal wurde genehmigt. Kollege Schwarz (Duisburg) führte dann den Winkler-Apparat vor; seine Ausführungen wurden von der Versammlung mit regem Interesse verfolgt. In der Aussprache wurde laut, daß der Apparat doch noch nicht das sei, was er sein sollte; vielmehr bedeute er einen weiteren Anspruch an die Nerven der Maschinenleher. Daß der elektrische Beheizung aber die Zukunft gehöre, wurde von der Versammlung anerkannt. Kollege Müller dankte dem Vortragenden für seine Mühewaltungen, womit die Versammlung ihr Ende erreichte.

Hensburg. Ein großer Tag war für unsere Ortsverein der 16. Juni, an dem Kollege Helmholz (Leipzig) in einer außerordentlichen Versammlung einen Vortrag über das Thema: „Wo stehen wir?“ hielt. In nahezu zweistündiger Rede sprach er über Zwecke und Ziele der Gewerkschaftsbewegung, dabei die verschiedenen politischen Arbeiterparteien streifend. Jede von ihnen möge ihre Ideale haben, die Gewerkschaften dürfen aber nicht als Feld ihrer Auseinandersetzungen benutzt werden. Nach dem Siege sind die Gewerkschaften ein Faktor geworden, mit dem jede Regierung rechnen muß. Durch Annahme des Friedensbittens und der infolgedessen aufzubringenden Kosten würden die Gewerkschaften vor Fragen gestellt, die nur bei Bildung einer geschlossenen Phalanx gelöst werden können. Reicher Beifall folgte den fesselnden Ausführungen. Wir bebauern alle die Kollegen, die durch Gärten oder andre Abhaltungen diese interessante Versammlung schwängeln. Der Vorsitzende machte noch auf die Wichtigkeit der Wahlen zur Ortskrankenkasse aufmerksam, die Kollegen erlauchend, sich alle zu beteiligen.

Frankfurt a. M. (Schriftleher.) Die Mitarbeiterversammlung am 20. Juni stand unter dem Eindruck der kommenden Tarifverhandlungen. Alle Redner behandelten in ihren Ausführungen, was man von den Anträgen der Prinzipale zu erwarten habe und gaben den Delegierten bestimmte Richtlinien an den Weg. Allgemein war man der Ansicht, daß die zur Zeit gemachten Überstunden zu verweigern sind; es wurde hierzu ein diesbezüglicher Antrag angenommen. Die Delegiertenwahl ergab die einstimmige Wahl der Kollegen E. Dornis und F. Lange. Einige tarifliche Anfragen wurden noch erledigt.

Ottma. Ihre diesjährige erste Bezirksversammlung fand am 19. Juni in Wurzen statt und war von Kollegen aus Wurzen, Ottma, Nerchau, Dörsch und Nubchen besucht. Kollege Bergmann (Ottma) begrüßte die erschienenen Kollegen, insbesondere den Gauvorsteher Freitag (Dresden) und wünschte der Versammlung guten Verlauf. Darauf nahm Kollege Freitag das Wort zu seinem Vortrage: „Zweck und Ziele der Gewerkschaften“. Er ging in seinen Ausführungen zurück in die Zeit der Entstehung Deutschlands als Industriestaat, zeigte, wie die kleinen Staaten der Bildung der Gewerkschaften hinderlich im Wege standen, erläuterte Zweck und Ziele der Gewerkschaften und kam dann auf die Schaffung der Unterstützungsvereinigungen in den Organisationsstellen zu sprechen. Er legte den jüngeren Kollegen ans Herz, sich mehr um die Organisation zu kümmern und das zu erhalten, was uns unsere Ältesten geschaffen haben; er forderte am Schlusse seines Vortrags alle Kollegen auf, sich fest zusammenzuschließen und geschlossen hinter ihre Führer zu stellen. Der Referent erntete reichen Beifall. Hierauf erteilte Kollege Bergmann den Bericht vom Goutage. In der anschließenden lebhaften Aussprache kam u. a. zum Ausdruck, etwaigen Verleichen der Prinzipale, die Löhne im Buchdruckgewerbe herabzusetzen, aufs schärfste entgegenzutreten. Scharfer Protest wurde eingelegt gegen die Verschleppung von Bruderschaften der Ortskrankenkassen von Wurzen und Ottma in auswärtige Druckerereien. Entsprechende Maßnahmen sollen ergriffen werden. Als Bezirksvorsteher wurde Kollege Walter Bergmann (Ottma) einstimmig gewählt. Die nächste Bezirksversammlung soll in Dörsch stattfinden.

Hamburg. (Maschinenleher) — Vierteljahrbericht. Am Simmeltage wurde das Elektrizitätswerk Tiefstaak beichtigt. Von den zahlreich erschienenen Teilnehmern wurde die Ersparnis menschlicher Arbeit durch sinnreiche mechanische Einrichtungen allgemein bemerkt. — Am 8. Mai hielt Herr Engel-Hardt vom Technikum Leipzig bei nur schwacher Beteiligung einen sehr instruktiven Vortrag über Professor Ostwalds Farbenlehre. — In der letzten Versammlung brachte ein Referat recht interessante Schiedsgerichtsentscheidungen. Einige Firmen wurden auf des Kreisvertreter Antrag verurteilt, noch weitere Drucker einzustellen, da die Druckerzahl den vorhandenen Maschinen nicht entsprach. Auch die Bedeutung der Offsetfrage wurde mehrfach behandelt, um so mehr, als beiden Tarifverhandlungen der Steindrucker wieder beschlossen wurde, die

Behebung der Offsetmaschine gebredem Steindrucker. Einem zu schaffenden Inbuitlerverbande kann eine solche Stellungnahme eines Teils ohne Rücksichtnahme auf einen andern, durch große Arbeitslosigkeit leidenden Teil niemals förderlich sein. Es wurde Regelung der Frage durch Zentralkommission und Verbandsvorstand gewünscht. In allen Versammlungen wurde das Technische durch kleinere Vorträge, Beantwortung von Fragen usw. recht fleißig gepflegt.

o o o o o Rundschau o o o o o

Gehilfenprüfungen. Zur diesjährigen Gehilfenprüfung in Frankfurt a. M. waren von 52 gemeldeten Prüflingen (37 Seher und 15 Drucker) nur 35 Seher und 13 Drucker, darunter 2 Schwelzberger, erschienen. Es wurden folgende Noten einstimmig erteilt, an Seher: 7 „Gut“, 4 „Ziemlich gut“, 18 „Genügend“, 6 Seher haben die Prüfung nicht bestanden; an Drucker: 1 „Gut“, 2 „Ziemlich gut“, 7 „Genügend“, 3 Drucker haben die Prüfung nicht bestanden. Von 48 Prüflingen konnten 9 ihre Prüfung nicht bestehen. Das ist ein schlechtes Resultat, auch unter Berücksichtigung aller durch die Kriegsverhältnisse verursachten schädigenden Einflüsse. Dazu ließ die Ausbildung durchweg zu wünschen übrig.

Gascher Anschauungsunterricht über Preissteigerung. In Leipzig hat eine neue Buchhandlung in ihrem Schaufenster ein Ei und ein kleines Buch gegenübergestellt. Das Ei habe früher höchstens 10 Pf. gekostet, das Buch koste heute nur 60 Pf., gegenüber früher auch 10 Pf.; das Ei könne man jetzt selbst zu dem doppelten des gegenwärtigen Verkaufspreises vergeblich finden. Wenn mit diesem leeren Ausnahmefall einer nur sechsfachen Buchpreissteigerung Verallgemeinerungen beabsichtigt sein würden, was doch wohl der Zweck der Übung sein soll, dann läuft das auf eine Täuschung des Publikums hinaus. Es liegen sich viele Fälle von Buchpreissteigerungen daneben stellen, die einen ganz andern Multiplikator zur Anwendung bedingen. Darüber ist im „Korr.“ schon viel gesagt worden, auch in dieser Nummer wieder. Das Ei als ein ausgeprägter Wucherartikel eignet sich überhaupt schlecht zu Vergleichstellungen mit andern Preissteigerungen im täglichen Bedarf.

Tarifmäßige Stellenvermittlung. Ein ausgelehnener Seher, 37 Jahre alt, verheiratet, mit allen Scharfen vertraut, sucht Stellung; bevorzugt Provinz Brandenburg und Pommern. Stellenangebote werden an das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, erlesen.

Die Steuerung nach der Reichstafel für den Mai 1921. Die Reichsindexziffer für die Lebensunterhaltungskosten, die vom Statistischen Reichsamt auf Grund amtlicher Erhebungen des vom Reichswirtschaftsamt eingerichteten Eidendienstes (47 deutsche Städte verschiedenster Größe und Lage) über den notwendigen Aufwand einer fünfköpfigen Familie für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung berechnet wird, zeigt für den Monat Mai einen weiteren Rückgang an. Sie ist von 894 im April um 14 Punkte auf 880 gefallen; wöchentlich also von 223,50 auf 220 Mk. Felte, Hülsenfrüchte, Heringe und einige Gemüsearten trugen zur Abwägung der Indexziffer bei. Auch Rindfleisch wurde etwas billiger, während Schweinefleisch und Speck sowie die bewirtschaftete Milch, die Eier, Kohlen und die durch die Kohlenpreise beeinflussten Leuchtmittel im Preise anjogen. Dabei ist zu beachten, daß diese Statistikk nicht auf andre im Preise gestiegene notwendige Gebrauchsgegenstände, Steuern usw. erstreckt. Von einem Extremum kann also bei diesen Ziffern keine Rede sein. Seit Februar v. J. (dem Anfange dieser Statistikk) ergaben sich folgende Ziffern:

	Mo-nats-ziffer	Wo-chenziffer	Wochen-ziffer der amtl. Reichsstatistikk	Wochen-ziffer der amtl. Reichsstatistikk	Wochen-ziffer der amtl. Reichsstatistikk	Wochen-ziffer der amtl. Reichsstatistikk	Wochen-ziffer der amtl. Reichsstatistikk	Wochen-ziffer der amtl. Reichsstatistikk	Wochen-ziffer der amtl. Reichsstatistikk
1920									
Januar	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Februar	623	156	208	122	122	122	122	122	122
März	741	185	247	122	122	122	122	122	122
April	836	209	261	122	122	122	122	122	122
Mai	876	219	292	170	170	170	170	170	170
Juni	842	210	280	198	198	198	198	198	198
Juli	842	210	280	210	210	210	210	210	210
August	795	199	265	210	210	210	210	210	210
September	777	194	258	210	210	210	210	210	210
Oktober	827	207	276	210	210	210	210	210	210
November	872	218	295	225	225	225	225	225	225
Dezember	916	229	301	225	225	225	225	225	225
1921									
Januar	924	231	306	225	225	225	225	225	225
Februar	901	225	300	240	240	240	240	240	240
März	901	225	300	240	240	240	240	240	240
April	894	223	297	240	240	240	240	240	240
Mai	880	220	293	240	240	240	240	240	240

* Nach den Berechnungsgrundlagen in dem Artikel „Die Bilanz unserer Lebenshaltung“ in Nr. 4 des „Korr.“ vom 11. Januar 1921. Inzwischen ist aber schon die Indexziffer für Juni festgestellt, die nach Berichten der Landesstellen im Vergleich zum Mai um 16 Punkte (auf 896) gestiegen ist. Die Abwärtsbewegung der Preise im Kleinhandel, die sich seit Januar d. J. mit der höchsten Indexziffer 924 vollzog, hat sich danach wieder in das Gegenteil umgewandelt, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Abwärtsbewegung nur vorübergehend war, daß die Kletterei weitergeht. Wir berichten noch ausführlich darüber.

Offene Stellen für befähigte Gewerkschaftler. Durch den Zentralstellennachweis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin SO 16, Engelauer 15 IV)

werden gesucht: Oberleher und Dolmetscher für eine gewerkschaftliche Zentralstelle in Berlin (in Frage kommt nur jüngerer Gewerkschaftler, der die deutsche, englische und französische Sprache in Wort und Schrift vollkommen beherrscht und mit der in- und ausländischen Gewerkschaftsbewegung vertraut ist); Bezirkssekretär für den Bezirk des Oberverwaltungsamts in Münster i. W. für Vollstation und Rechtsauskunft zum möglichst baldigen Eintritt (erwünscht Kenntnis der christlichen Gewerkschaftsbewegung). Ausführliche Bewerbungen (im lehreren Falle mit Gehaltsansprüchen) sind an genannte Zentrale zur Weiterbeförderung möglichst sofort einzulenden.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich im Mai 1921. Im Monat Mai ist die Zahl der unterfertigten Vollerwerbslosen im Deutschen Reich von rund 395000 auf 358000 (282000 männliche und 75000 weibliche) sowie der unterstützungsberechtigten Familienangehörigen von 440000 auf 384000 gefallen. Die Zahlen sind erheblich höher als im Juni v. J. Dazu kommt, daß die erwerbslosen Kopfarbeiter, die in dieser Zunahme begriffen sind, in diesen Ziffern nicht figurieren. Auch die nicht geringe Zahl der Unterstützten und die Empfänger der Wohlfahrts- und Armenfürsorge sind nicht gerechnet. Der effektive Bestand der Arbeitslosen ist also höher. Die Arbeitslosenstatistik der Gewerkschaften läßt im Gegenätze zum Vormonate während des Monats Mai einen allerdings nur geringen Rückgang der Arbeitslosigkeit erkennen. Von 577206 organisierten Arbeitern waren 213762 (156521 männlich, 57241 weiblich), d. h. 37 Proz. (3,9) ohne Arbeit. Bei öffentlichen Arbeitsnachweisen hat der Andrang Arbeitsuchender nachgelassen. Die Zahl 1039227 verringerte sich auf 971748. Auf 100 offene Stellen entfielen 175 Arbeitsguche, gegenüber 169 im Vormonate. Wohl zeigten die Ziffern Besserung an, aber sie sind verschwindend gering gegenüber dem großen Arbeitslosenstand, zumal dabei die Kurzarbeiter noch gar nicht in Berechnung gestellt sind. — Für die graphische Industrie, soweit die Angaben des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, der Hilfsarbeiter, der Lithographen und Steindrucker, der Buchbinder, des Gutenbergsbundes und des christlichen graphischen Zentralverbandes in Betracht kommen und in Vergleich gestellt werden können, ergab sich bezüglich der Arbeitslosigkeit folgende Ziffern:

Verband	Zahl der Arbeitslosen		Zahl der Unterstützten	Wirkliche Arbeitslosenzahl
	Männlich	Weiblich		
Verband der Deutschen Buchdrucker	1255	—	1255	70625
Hilfsarbeiterverband	203	212	415	39112
Lithographen und Stein-drucker	572	9	581	18456
Buchbinder (im „Reichs-arbeitsblatt“ als „Papierbinderei“ aufgeführt)	1454	1899	3353	79264
Gutenbergsbund	31	—	31	2649
Graphischer Zentralverband (christl.)	13	60	73	2077
Zusammen	3528	2180	5708	212183

Prozentual auf die einzelnen graphischen Verbände umgerechnet, ergibt sich seit Januar d. J. bezüglich der Arbeitslosigkeit in der graphischen Industrie folgendes Bild. Von 100 Mitgliedern waren arbeitslos am Ende der einzelnen Monate:

1921	Verband der Deutschen Buchdrucker	Hilfsarbeiter	Lithographen und Stein-drucker	Gutenbergsbund	Graphischer Zentralverband	Gesamtheit aller graphischer Verbände
Januar männlich	1,9	1,8	8,9	5,9	1,1	0,8
Januar weiblich	—	1,9	4,4	3,1	—	1,4
Februar männlich	1,9	2,2	1,1	5,5	0,7	0,9
Februar weiblich	—	0,9	0,4	3,1	—	2,5
März männlich	2,2	1,8	3,8	4,8	0,9	0,7
März weiblich	—	0,9	9,8	4,2	—	3,0
April männlich	2,1	1,7	—	6,0	1,0	1,0
April weiblich	—	1,0	—	3,3	—	3,7
Mai männlich	1,8	1,5	3,1	6,1	1,2	0,6
Mai weiblich	—	0,8	2,1	3,4	—	2,3

Durchschnitt seit Jahresanfang:

männlich	1,9	1,8	4,2	5,6	1,0	1,0
weiblich	—	1,1	4,2	3,4	—	2,6

Aus vorstehender Übersicht ergibt sich, daß innerhalb der graphischen Industrie die Arbeitslosigkeit hauptsächlich im Buchbinder-, Lithographen- und Steindruckgewerbe besonders stark ist. Am besten ist der Beschäftigungsgrad der Hilfsarbeiter, während bei den Buchbindern der Reichsdurchschnitt der Arbeitslosigkeit aller deutschen Fachverbände erheblich überschritten ist; auch jener der Lithographen und Steindrucker geht über den Reichsdurchschnitt hinaus, während die Beschäftigung im eigentlichen Buchdruckgewerbe eine wesentliche Besserung erfahren hat. Im allgemeinen ist noch beachtenswert, daß die produktive Erwerbslosenfürsorge, die den Erwerbslosen statt Unterstützung Arbeit gibt, zur Zeit 250000 Personen beschäftigt, die sonst der Unterstützung anbelangend wären. Es ist gegenwärtig für mehr als 40 Proz. der Erwerbslosen durch die produktive Erwerbslosenfürsorge Arbeit geschaffen; hierbei werden die langfristigen Erwerbslosen, die erwerbsunfähig durch schwere Arbeit sind, besonders berücksichtigt.

Verammlungskalender

Hasselhorst, Versammlung Sonnabend, den 16. Juli, abends 7½ Uhr, im „Volkshaus“.
— Korridentorenversammlung Sonntag, den 17. Juli, vormittags 11 Uhr, im „Karlshof“.
Frankfurt a. M., Maschinenleherversammlung Sonntag, den 21. Juli, vormittags 9½ Uhr, im „Kempfer“, Mainthal 33.